

Paralysiertes Parlament

Neben die Bezahlung nach Leistung gehört laut Experten eine Beschränkung auf hoheitliche Akte – und ein beamtenfreier Bundestag.

Von GREGOR MAYNTZ

BERLIN. Der Mann sieht sich selbst als „berufliches Chamäleon“. Also als einer, der die Farbe seiner wechselnden professionellen Umgebung aus eigenem Empfinden kennt. Als beamteter Hochschullehrer, als Behördenchef, als Mannesmann-Spitzenkraft, als renommierter Betriebswirt. Nun hat Professor Norbert Szyperski einen Kreis ambitionierter Unternehmensberater um sich geschart, die sich als „Sylter Runde“ Gedanken um den notwendigen Kurswechsel Deutschlands machen. (www.sylterrunde.de) Eines ihrer Anliegen, das seit gestern im Mittelpunkt der Debatte steht: Die Beamtenschaft muss flexibler werden, der öffentliche Dienst gehört umgebaut.

Im Gespräch mit dieser Zeitung beklagt Szyperski die immer noch überwiegend leistungsunabhängige Besoldungs- und Beförderungspraxis. Besonders krass sei dies im Hochschulbereich. Wer im internationalen Rahmen die Hochschullaufbahn einschlägt, werde zunächst allemal associated professor, bekomme nach Bewährung weitere Chancen, stets zeitlich befristet. In Deutschland hingegen könne man sich nach der Ernennung auf Lebenszeit zur Ruhe setzen und mit mehr Geld alle paar Jahre rechnen. Hintergrund ist das Anciennitätsprinzip: Danach geht das Dienstalter vor.

Szyperskis Sylter Runde hat deshalb vor allem drei Vorschläge entwickelt:

■ Die Besoldung flexibler gestalten und an der Leistung ausrichten, das Beamtentum strikt auf hoheitliche Tätigkeiten des Staates beschränken („wie bei den Preußen früher üblich“). Auch diese hoheitlichen Posten könnten auf Zeit

vergeben und bei Bewährung in fortgesetzte Neuberufungen münden.

■ Hunderttausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst verrichteten Tätigkeiten, die gut auch andere erbringen könnten. Wenn man denn wolle, dass sie trotzdem in öffentlicher Regie erfolgten, könne man sie jedoch privatrechtlich ausgestalten. Warum also brauche man für ganz gewöhnliche Aufgaben Kündigungsschutzregelungen, wie sie selbst bei großen Firmen und internationalen Konzernen unmöglich wären und praktisch Unkündbarkeit bedeuteten?

■ Einschneidende Änderungen auf diesem Feld sind nach Einschätzung Szyperskis jedoch kaum möglich, so lange der öffentliche Dienst derart überrepräsentiert in den Parlamenten ist. Der legendäre SPD-Fraktionschef Herbert Wehner brachte es auf den Punkt: „Das Parlament ist mal voller

und mal leerer, aber immer voller Lehrer.“ Das bedeutet, dass Beamte nicht nur die Gesetze vorbereiten, sondern auch Beamte darüber befinden, wie Beamte zu arbeiten haben und wie sie bezahlt werden. Szyperski hat aus vielen Gesprächen mit Abgeordneten den Eindruck, dass die „Legislative völlig paralysiert ist bei den Themen, die die Struktur der Exekutive betreffen“. Deshalb hat Szyperski viel Sympathie für das britische und das Schweizer Modell, wonach staatliche Beamte in den Parlamenten nichts zu suchen haben. Beamte sollten auch in Deutschland nur das aktive Wahlrecht haben, nicht jedoch sich beurlauben lassen können, um ins Parlament gewählt werden zu können. Szyperski: „Die Blockade durch den öffentlich-rechtlichen Lobbyismus ist nicht nur außerparlamentarisch stark entwickelt, sie ist auch Teil des parlamentarischen Systems und somit nach meinem Geschmack eine Fehlkonstruktion.“

Eigene Gedanken hat sich auch der Beamtenbund über die künftige Bezahlung gemacht. Danach sollten Befähigung und Leistung regelmäßig beurteilt werden. Zu den Leistungsmerkmalen gehörten Arbeitsgüte, Arbeitsmenge, Arbeitsweise, Teamfähigkeit und Führungsverhalten. Diese Kriterien sollten darüber hinaus weiter differenziert werden in Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsfähigkeit, Verhandlungsgeschick, konzeptionelles Arbeiten und technisches Verständnis. Mit Freude beruft sich der Beamtenbund auf ein BMW-Personalkonzept. Danach wird Effizienzsteigerung über Leistungssteigerung, nicht nur über eine Verringerung des Personalaufwands erzielt. Der Mitarbeiter müsse als „Erfolgsfaktor und nicht als Kostenfaktor“ gesehen werden.



Faul oder nicht? Was Staatsdiener leisten, hängt nicht von der Anzahl der Akten und Stempel ab. Foto: Keystone